

Antrag vom 14.04.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 14.04.2025

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

AfD

Betreff

Radwege nicht auf Hauptstraßen - welche Möglichkeiten wurden bisher genutzt?
Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer stärken!

Im zuständigen Ausschuss ist über den Sachverhalt zu berichten und auf die gestellten Fragen einzugehen.

Wir fragen:

1. Wie viele versiegelte Flächen von Feldwegen neben Hauptradrouten in Stuttgart gibt es?
2. Wurden diese jemals bei der Planung von Pop-Up-Radwegen oder Radrouten berücksichtigt?
3. Wurden Bürger und Anwohner – unabhängig des jeweiligen Stadtbezirks – jemals in die Planung solcher Strecken einbezogen, insbesondere bei der Auswahl zwischen optionalen Trassenführungen?
4. Warum wurden in der Vergangenheit stark befahrene Hauptstraßen bei Bauvorhaben von Radwegen bevorzugt, wenn parallele Feld- oder Waldwege existieren?
5. Welche Rolle spielen Sicherheit und Trennung der Verkehrsarten bei der Planung?

Begründung:

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ist ein zentrales Ziel ausgewogener und praxistauglicher Verkehrsplanung. Dennoch zeigt sich in der Praxis, dass die Umsetzung von Radrouten und Pop-up-Radwegen häufig auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer und ohne vollumfängliche Prüfung möglicher Trassen oder markierten Routen erfolgt. Besonders in den Stuttgarter Stadtbezirken – nicht im innerstädtischen Kern – wurden mehrfach Radverkehrsanlagen entlang stark befahrener Hauptstraßen eingerichtet, obwohl in vielen Fällen parallele Feld- oder Waldwege vorhanden sind, die sich mit geringem Aufwand in sichere, vom motorisierten Verkehr getrennte Radverbindungen umwandeln ließen. Beispiele hierfür sind Routen wie die Kaltentaler Abfahrt / Böblinger Straße oder die Nürnberger Straße. Die bestmögliche Trennung und damit die ideale Lösung für künftige Vorhaben bieten die Ludwigsburger Straße oder die Straßen am Kräherwald.

Diese Alternativen könnten eine wesentlich höhere Verkehrssicherheit bieten – sowohl für Radfahrer als auch für den motorisierten Verkehr und gleichzeitig bestehende Infrastruktur effizienter nutzen. Es muss dabei immer wieder betont werden, dass Kraftfahrzeuge bei der Verkehrsplanung priorisiert und gleichwertig berücksichtigt werden müssen, da sie nach wie vor das Rückgrat der alltäglichen Mobilität und der Versorgung (Logistik) in den Stadtbezirken darstellen.

Auch der Umfang und die Qualität der Bürgerbeteiligung bei solchen Vorhaben werfen

Fragen auf - vor allem bei der Entscheidung zwischen verschiedenen möglichen Routenführungen.

Die Beantwortung dieser Fragen ist notwendig, um die Zweckmäßigkeit und Sicherheit bisheriger Verkehrsmaßnahmen nachvollziehbar zu machen und um zukünftige Planungen transparenter, bürgernäher und praxisorientierter zu gestalten.

Gez.

Dr. Michael Mayer, Thomas Rosspacher, Steffen Degler, Dr. Siegfried Facht, Niels Foitzik

Anlage/n

Keine